Atomsprengungen beim Bau des neuen Panamakanals

Autor(en): **Baer, G.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **59 (1965)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-140963

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

stimmung, bewilligt wurde. So kann also Dr. Raul Prebisch endlich an seine so dringende Arbeit gehen.

Ich schließe in der Hoffnung, daß die auf der Tagesordnung stehenden brennenden Fragen bei Wiederaufnahme der Verhandlungen endlich ordnungsgemäß guten Lösungen entgegengeführt werden. Vielleicht wird mir ein späterer Brief die Möglichkeit geben, die Besprechung von Angelegenheiten einzufügen, die ich vorbereitet, doch wieder zur Seite gelegt habe. Mit meinen sehr guten Wünschen für das Jahr 1965! *G. Baer*

Atomsprengungen beim Bau des neuen Panamakanals

Endlich hat sich die amerikanische Regierung entschlossen, dem Staate Panama «Unterhandlungen für einen völlig neuen Vertrag über den bestehenden Panamakanal» vorzuschlagen. Die Vereinigten Staaten wollen einen neuen Kanal bauen, der, *auf Meereshöhe* liegend, die beiden Ozeane, den Atlantischen und den Pazifischen, miteinander verbinden soll. Während Präsident Johnson darauf hinweist, daß der neue Kanal durch Panama oder Columbia oder entlang der Nicaragua–Costa-Rica-Grenze geführt werden könne, scheint man hier den neuen Kanal, auf Meereshöhe zwar, doch am heutigen Orte umlegen zu wollen. Bis zu vier Jahre werden für die technischen Vorarbeiten nötig sein, um endgültige Entscheidungen über die geographische Lage des künftigen Kanals herbeiführen zu können.

Die Bereitwilligkeit Amerikas, mit dem neuen Vorschlag und neuem Vertrag Panamas Souveränität über den Kanal anzuerkennen, kommt nicht zu früh. Damit sollte nun endlich die 60 Jahre alte Polemik über die «verhaßte» Klausel beendet werden — wahrscheinlich aber erst nach Inbetriebnahme des neuen Wasserweges um das Jahr 1980 herum! —, welche die Vereinigten Staaten zur *dauernden* Kontrolle über den Kanal rechtlich einsetzt. Gleichzeitig aber ist die Nachricht beunruhigend, nach der wiederum finanzielle Berechnungen und Rücksichten» ins Feld geführt werden, um die Verwendung atomarer Sprengstoffe zur Aushebung der umfangreichen Erd-, Fels- und Steinmassen zu rechtfertigen. Als ich im Jahr 1961* die Gefahren atomarer Aushubverfahren bei Großbauten vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen erörterte, wurde das mit Schweigen quittiert.

Es soll hier heute nicht auf einstweilige Berechnungen, «erwiesenen» Zeitgewinn usw. eingegangen werden, da man uns in den kommenden Jahren noch eingehend orientieren wird. Es ist durchaus mög-

* siehe «Neue Wege», Juli/August 1961

lich, daß ein quer über den Isthmus von Panama auf Meereshöhe angelegter Kanal einen Viertel oder in anderem Zusammenhang sogar einen Zehntel der Kosten betragen würde, wenn die notwendigen Grabungen mit atomaren Sprengkörpern gehandhabt würden.

Aber um welchen Preis? Die Gebiete am gegenwärtigen Kanal entlang sind dicht bevölkert. Infolgedessen sollte die Anwendung nuklearer Sprengmittel von vornherein außer Rechnung gestellt werden. Die «relativ weniger stark bevölkerten» Gegenden in Ostpanama, Nordcolumbia, Nicaragua und Costa Rica werden einstweilen nach bisherigen, vorläufigen Studien als «für nukleare Aushebungen und darum als weniger kostspielig» in Betracht kommend, angesehen, bis die Untersuchungen über die unterirdischen Boden- und Felslagerungen und die Berechnungen der Ingenieure vorliegen und endgültige Beschlüsse ermöglichen. Vorgesehen ist eine Reihe von unterirdischen Explosionen *thermonuklearer* Sprengkörper, die mehr als 300 Meter weite und etwa 90 Meter tiefe Gräben bloßlegen würden. Wir haben während der diesjährigen, von den Vereinten Nationen veranstalteten Konferenz über die Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke in Verbindung mit dem berühmten «Plowshare Projekt» viele Einzelheiten über die Fortschritte solcher Techniken gehört.

Der Moskauer Teilvertrag läßt unglücklicherweise Untertag-Sprengungen zu; doch macht er zur Bedingung, daß keine «radioaktiven Trümmer» über das Gebiet des Landes hinaus abgesprengt werden, in dem die Explosionen stattfinden. Solche Absprengungen aber scheinen unvermeidlich zu sein. Obwohl der Teilvertrag selbst den Begriff der «radioaktiven Trümmer» nicht abklärt, vertreten amerikanische Beamte die Auffassung, daß der Vertrag den Gebrauch radioaktiver Sprengkörper verbiete. Es heißt hier, daß es möglich sein werde, die Sowjetunion zu veranlassen, durch Auslegung oder zusätzliche Paragraphen zum Vertrag, den Gebrauch nuklearer Explosivkörper für konstruktive Zwecke zu gestatten.

Amerikanische und sowjetrussische Experten sind sich über die Gefahren radioaktiver Strahlungsverseuchung klar und — einig. Trotzdem werden immer neue Billionen für die Bereitstellung massenmörderischer Nuklearwaffen von den *Volks*vertretungen angefordert und *von diesen bewilligt*. Handelt es sich indessen um sogenannte «friedliche und konstruktive» Zwecke, so beruft man sich auf die Notwendigkeit von Geld- und Zeitersparnis, streicht Millionen aus den Budgets, um den Gebrauch nuklearer Energie zu erzwingen und durch sie schneller und radikaler zum Ziel zu gelangen. «Operation gelungen, Patient gestorben . . .»

Wie tief werden die Sprengkörper eingegraben werden? Wohin und wie weit werden unvermeidbare «radioaktive Trümmer» der Untertagexplosionen abgesprengt? Wie werden die ungezählten, am Bau beschäftigten Arbeiter geschützt? Machen Strahlungsschäden

etwa halt vor Gebietsgrenzen? Sollen weite Siedlungen von Mensch und Tier mit Erwerbsquellen, Schulen und Schülern zwangsweise evakuiert werden? Auf wie lange Zeit werden sie in die strahlungsgeschädigten Gebiete nicht zurückgehen können? Werden die Entschädigungssummen in die Berechnungsstudien einbezogen?

Sind diese die Plowshares, die Pflugscharen, zu denen die Schwerter umgeschmolzen werden? Wo findet der Mensch seinen Platz in diesem technisch-wissenschaftlichen Großprojekt? Wo ist sein Teil?

Unsere vor dem ECOSOC-Ausschuß am 6. Juli 1961 mündlich und schriftlich begründete Warnung hat heute erneut ihren erschrekkenden Inhalt und Sinn. Die Gründe, die Gefahren müssen nun am konkreten Beispiel dieses Kanalbaues wiederum erörtert, wiederum veröffentlicht werden, damit verhindert werde, daß der Moskauer Vertrag durch Druckmittel, Umgehung, «Schlupflöcher», Interpretation oder Ergänzung die Verwendung nuklearer Sprengkörper für Großanlagen dieser Art zulasse. Energischer Einspruch ist dringend erforderlich.

G. Baer

Weitere Stimmen zu den Vorgängen im Kongo

Wenn wir dank unserem Sonderberichterstatter bei der UNO die Rede im Wortlaut lesen können, die Herr Spaak, der belgische Außenminister, vor dem Sicherheitsrat hielt (11. Dezember 1964), um seine «humanitäre Aktion» gegen Angriffe von afrikanischer Seite zu verteidigen, so sind wir beinahe gerührt über sein mannhaftes Eintreten — für die Weißen und — immer nach seiner Darstellung — seine gewissenhafte Beachtung der Gefahren, die aus seiner Intervention resultieren konnten. Um ein wahres Bild der Vorgänge zu bekommen, statt Herrn Spaaks geschickter Regie zum Opfer zu fallen, muß man jedoch unbedingt weitere Stimmen hören und sich überlegen, was zu den Ereignissen von Stanleyville geführt hat.

Herr Spaak gesteht in seiner Rede vor dem Sicherheitsrat, daß vor dem 24. November 1964 (dem Tag, an dem die belgischen Paratruppen auf Stanleyville niedergingen) niemand in Stanleyville getötet worden war. Was man von ihm nicht erfährt, ist, was unser welsches Genossenschaftsblatt («Coopération», 5. Dezember 1964) über die Vorgeschichte der Ereignisse von Stanleyville schreibt:

«Das Rote Kreuz hatte mit den Söldnern der Tschombe-Regierung und mit ihrer Nationalarmee schmerzliche Erfahrungen gemacht: In Albertville hatte es mit Mut und Zähigkeit die Evakuation der weißen Geiseln erreicht. Die Rebellen forderten dagegen die Zusicherung, daß die Zivilbevölkerung nicht bombardiert werde. Das Be-